

# Auf dem Weg zur deutschen Einheit

## Das Jugendwerk und die deutsche Wiedervereinigung

Gert Hammer\*



**Am Vorabend der Kuratoriumssitzung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) in Tübingen am 27. Juni 1989 lud der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie und Jugend, Anton Pfeifer, seinen französischen Kollegen Roger Bambuck und die Generalsekretäre des DFJW zu sich nach Hause ein. Thema waren die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa.**

### L'OFAJ et l'Unité allemande

Gert Hammer, secrétaire général de l'OFAJ au moment de la chute du Mur de Berlin, rappelle les premières décisions prises par l'Office fin 1989 sur l'intégration des jeunes Allemands de l'Est, alors que François Mitterrand signait en décembre 1989 un accord avec la RDA pour des échanges de jeunes avec la France.

En juin 1990, trois ministres de la Jeunesse réunis dans le cadre du conseil d'administration de l'OFAJ élargissent le travail franco-ouest-allemand de l'Office à tous les jeunes Allemands, donc avant même le 3 octobre 1990, date de l'Unité allemande. 8 537 jeunes de l'Est de l'Allemagne réunifiée participent aux programmes de l'OFAJ en 1991. Réd.

europas, sondern auch zu Gunsten der Maghreb-Staaten erfolgen müsse. Der Generalsekretär wurde gebeten, für die nächste Kuratoriumssitzung eine Beschlussvorlage zu erarbeiten.

Diese Sitzung fand am 11./12. Dezember 1989 in Nantes statt, etwa einen Monat nach dem Mauerfall. Das Kuratorium stimmte der Vorlage zu, dass trinationale Programme mit allen Staaten möglich sein sollten. Ein besonderer Schwerpunkt bei der Durchführung müssten jedoch die Staaten Mittel- und Osteuropas und des Maghreb bilden. Ausgehend von der Rechtsauffassung der Bundesregierung, untermauert durch die Rufe der Demonstranten in Leipzig, dass es zwar zwei Staaten in Deutschland, aber nur ein deutsches Volk gebe, konnte die Teilnahme von Jugendlichen aus der DDR nicht unter diese Regelung fallen. Es wurde deshalb beschlossen, dass bei bilateralen Begegnungen bis zu 50 % der deutschen Teilnehmer aus der DDR stammen können. Das war ein Angebot an die westdeutschen Organisatoren, falls sie Kontakt mit DDR-Jugendlichen haben, diese an der deutsch-französischen Begegnung teilhaben zu lassen. Dabei blieb es aus pädagogischen Gründen bei der Regel, dass auch in solchen Programmen die Teilnehmerzahlen der Deutschen und Franzosen gleich sein sollen.

Bei seinem Besuch in der DDR am 22. Dezember 1989 unterzeichnete der französische Staatspräsident François Mitterrand zusammen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Hans Mo-

Bei diesem Treffen standen auch die zunehmenden innerdeutschen Städtepartnerschaften und die Frage, welchen Beitrag das DFJW zur innereuropäischen Entspannung leisten kann, auf der Tagesordnung. Die Regelung für trinationale Programme, die nur Begegnungen mit Jugendlichen von Staaten, die EG-Mitglied sind oder den Beitrittskandidatenstatus hatten, zugelassen hat, wurde diskutiert. Dabei wurde festgehalten, dass die DDR nicht wie ein Drittstaat behandelt werden kann und dass eine Erweiterung der DFJW-Regel nicht allein zu Gunsten Mittel- und Ost-

\* Gert Hammer M. A. war stellvertretender Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks von 1984 bis 1988 und Generalsekretär von 1989 bis 1993.

drow ein Jugendaustauschabkommen zum besseren Verstehen der Jugend „*unserer beiden Staaten und unserer beiden Völker*“. Dieses Abkommen war vom *Quai d'Orsay* vorgeschlagen worden und kam auch für die Bundesregierung überraschend. Es widersprach dem mit Zustimmung des französischen Jugendministeriums vom Kuratorium des DFJW in Nantes beschlossenen gesamtdeutschen Ansatz.

Am 18. April 1990 (Ostermontag) traf sich Anton Pfeifer mit der neuen Jugendministerin der DDR, Cordula Schubert, in Ost-Berlin. Dabei kamen sie überein, dass das DFJW künftig auch für die DDR zuständig sein solle. Etwa zur gleichen Zeit lud der *Quai d'Orsay* Vertreter des DDR-Jugendministeriums zur ersten Sitzung einer bilateralen Regierungskommission ein, die nach dem Abkommen vom 22. Dezember 1989 die Modalitäten für den Jugendaustausch DDR-Frankreich festlegen sollte. Vor dem Hintergrund der Kuratoriumsbeschlüsse in Nantes und des Gesprächs von Anton Pfeifer mit Cordula Schubert war es das Ziel des Generalsekretärs, das Abkommen vom 22. Dezember gar nicht erst in Funktion treten zu lassen. Schließlich kam es in Paris zu einem Gespräch des Generalsekretärs, begleitet von der Abteilungsleiterin Jugend im französischen Ministerium und einer Referentin im deutschen Jugendministerium, mit zwei Vertretern des *Quai*. Nach zwei Stunden machten die Vertreter des *Quai* die folgende Aussage: Frankreich hält die Verträge ein, die es abgeschlossen hat, es sei denn, der Vertragspartner gibt zu erkennen, dass er nicht mehr an dem Vertrag interessiert ist.

Dies war die Plattform für die Idee einer dreiseitigen Erklärung der Jugendminister Frankreichs, der Bundesrepublik und der DDR. Diese wurde anlässlich der Kuratoriumssitzung des DFJW am 19. Juni 1990 in Bad Honnef von der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Ursula Lehr), dem französischen Staatssekretär für Jugend und Sport (Roger Bambuck) und der DDR-Ministerin für Jugend und Sport (Cordula Schubert) unterzeichnet. Darin heißt es u. a., „*den im Rahmen des Jugendwerks bewährten Jugendaustausch auf die DDR auszudehnen*“. Damit war das DFJW für Gesamtdeutschland zuständig.

Aus heutiger Sicht mag das von geringer Bedeutung sein, da sich mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 alles von selbst ergeben hätte. Aus damaliger Sicht sah das jedoch ganz anders aus, da im Juni 1990 noch niemand sagen konnte, wann es zu einer Wiedervereinigung kommen würde und in Folge dessen, wie lange das DFJW auf der Basis der dreiseitigen Erklärung arbeiten würde und an wie vielen Kuratoriumssitzungen drei Jugendminister teilnehmen würden. Tatsächlich fand am 19. Juni 1990 die einzige Sitzung dieser Art statt.

In dieser Sitzung wurde die neue Herausforderung angenommen. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die am 10. September im *Hotel Berlin* am Alexanderplatz tagte, eröffnet durch die Jugendministerin der DDR, auch mit Teilnahme von Vertretern des neu gebildeten Demokratischen Jugendbundes der DDR und des Jugendministeriums der DDR. Die Ergebnisse der Beratungen gingen in einen Maßnahmenkatalog ein, der am 9. November vom Kuratorium in Lille beschlossen wurde.

Unter Nutzung aller Möglichkeiten des Haushalts des DFJW für Weiterbildung und Betriebsausflug fand im November in Ost-Berlin ein Seminar für alle Bediensteten des Jugendwerks statt. Es wurden die Gegebenheiten und Befindlichkeiten in den ostdeutschen Ländern und bei ihren Bürgern durch Referenten aus diesen Ländern vermittelt. Für die Mitarbeiter wurde klar, dass es in Deutschland ein Volk mit zwei unterschiedlichen kulturellen Hintergründen aufgrund der Geschichte der letzten Jahrzehnte gab. Diese Einsicht schlug sich nieder im weiteren Umgang mit den Menschen der ostdeutschen Länder. So wurde das DFJW sehr schnell als ein willkommenes Angebot angenommen und nicht als vom Westen übergestülpt, wie von Teilnehmern der Informations- und Ausbildungsangebote sehr oft betont wurde.

Der Maßnahmenkatalog und die Vorbereitung der Mitarbeiter auf die neue Herausforderung waren die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit im Jahr 1991, in dem nach 1 000 Jugendlichen im Jahre 1990 bereits 8 537 Jugendliche und Verantwortliche aus den östlichen Ländern an Maßnahmen des DFJW teilnahmen.